

Bedrängt, aber längst nicht besiegt

Trotz Niederlagen bleibt die Terrormiliz Islamischer Staat motiviert und gewaltbereit

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Zunächst die gute Nachricht: Die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) hat in den vergangenen Monaten massive Verluste hinnehmen müssen. Der IS hat Gebiete verloren, musste militärische Niederlagen einstecken, und wichtige Finanzquellen sind versiegt. Die Städte Mossul im Irak und Raqqa in Syrien, bisher Zentren der IS-Macht, dürften bald aus dem Herrschaftsbereich des selbst ernannten Kalifats fallen. Aber – und das ist die schlechte Nachricht: Der IS gibt nicht auf. Er stützt sich vermehrt auf Verbündete, um Europa sowie afrikanische Staaten zu bedrohen.

US-Präsident Donald Trump hat jetzt zwar seine Generäle angewiesen, bis Ende Februar einen neuen Plan zum Kampf gegen die Jihadistenmiliz vorzulegen. Dieser müsse eine umfassende Strategie für einen Sieg über den IS enthalten. Dass der IS aber weltweit Gewalt verbreitet, erschwert den Kampf gegen die Kalifatskämpfer. So weisen Recherchen der *New York Times* nach, dass der IS ferngesteuerte Terrorbrigaden einsetzt.

Kooperation mit der Camorra

Weder Motivation noch Gewaltbereitschaft des IS haben nachgelassen. IS-Terroristen könnten aus dem kollabierenden Islamischen Staat fliehen und den Westen bedrohen, warnt Anti-Terror-Spezialist Jeffrey Feltman. Laut einer Studie der auf Terrorbekämpfung spezialisierten britischen Denkfabrik Quilliam Foundation sollen Terrorgruppen, darunter auch der IS, zudem bewusst junge Flüchtlingskinder als künftige Terroristen anwerben, indem sie ihre Schwäche ausnutzen.

Die Radikalen wählen die Treue der jungen Menschen «kaufen», die im Mittleren Osten oder in Afrika unterwegs nach Europa sind, wo sie sich eine bessere Zukunft erhoffen. Laut amerikanischen Medien kooperiert der IS auch



Eine Schlacht gewinnen heisst nicht, den Krieg zu gewinnen. Irakische Soldaten freuen sich über die Rückeroberung einer IS-Stellung. Foto: Keystone

mit der Camorra: Die Mafia stelle für den IS gefälschte britische Pässe her, mit denen sich Terroristen bewegen können, ohne Verdacht zu erregen.

Nur weil die Behörden weltweit im Alarmzustand sind, konnten in den vergangenen Wochen IS-Anschläge verhindert werden. So verhaftete die deutsche Polizei sechs verdächtige Islamisten, die Dutzende von Bombengürteln versteckt hatten. In Montpellier griff die Polizei vier verdächtige IS-Anhänger auf, darunter ein 16 Jahre altes Mädchen, das Bomben angefertigt hatte. Die Fahnder waren auf das Teenager-Girl in den sozialen Medien aufmerksam geworden, wo sie ankündigte, sie wolle Frankreich angreifen.

In der Türkei nahm die Polizei vier IS-Verdächtige fest, die einen Angriff in der türkischen Grenzstadt Gaziantep geplant hatten. 24 Selbstmordgürtel, 14 Kilogramm TNT sowie Handys, die als Zünder gedacht waren, wurden sichergestellt. 2016 konnten die italie-

nischen Behörden in Neapel einen irakischen Staatsbürger verhaften, der geholfen habe, Waffen und Dokumente zum IS zu verschieben.

Trotz den Rückschlägen in Syrien und im Irak lässt der IS nicht locker. In Indien wurde eine Killer-Liste des IS mit Namen von Hackern entdeckt, die für die Sicherheitsbehörden IS-Terroristen aufgespürt hätten. Vergangene Woche sprach der philippinische Verteidigungsminister von engen Verbindungen lokaler Terroristen zum IS. Er befürchte, dass die Terrorgruppe ihr Netzwerk auf die Philippinen ausdehnen wolle.

Neue Stützpunkte

Der Inselstaat wäre keine Ausnahme. Afghanistan, Ägypten und Libyen sind Beispiele für Terrorstützpunkte des IS. Vergangene Woche kam es in Afghanistan zu zwei blutigen IS-Anschlägen. Der IS sei in Afghanistan zunehmend in der Lage, «grosse und tödliche Attentate gegen Zivilisten in

Kabul auszuführen», weiss ein UNO-Bericht über den IS. Das ist eine neue Entwicklung. Bis Mitte 2016 war der IS in Afghanistan als Terrorgruppe gegenüber den Taliban zurückgefallen. Jetzt hat der IS Stützpunkte in mindestens vier afghanischen Provinzen, darunter auch östlich von Kabul an der Grenze zu Pakistan.

In Libyen ist der IS ebenfalls ein Faktor. Seine Terroristen wurden zwar im Dezember aus der Stadt Sirte vertrieben, wo sie während eines Jahres ihren wichtigsten nordafrikanischen Stützpunkt gehalten hatten. Jetzt haben sie sich in Wüstentäler und hügelige Regionen südöstlich von Tripolis zurückgezogen. Sie versuchen, die Spaltungen im gescheiterten Staat zu nutzen, um noch mehr Chaos zu verbreiten. Sie unterbrechen Stromleitungen und die Wasserversorgung, um sich dann in strategisch wichtigen Ortschaften als «Retter» zu profilieren und ihre Macht, nahe an Europa, zu etablieren.

Touristen im Visier

Stark ist der IS ebenfalls in Ägypten, namentlich auf der Sinai-Halbinsel. Vergangenen Mittwoch wurden zwei des israelischen Badeortes Eilat vom israelischen Abwehrsystem Iron Dome drei Raketen abgefangen, die vermutlich von IS-Gruppen abgefeuert worden waren. Für Kairo ist der Sieg über den IS im Sinai eines der wichtigsten Ziele. Seit dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Mohamed Mursi 2013 kämpft die Terrormiliz mit Gewalt gegen die Regierung. Regelmässig kommt es zu Angriffen auf ägyptische Polizei- oder Militärpositionen. Auch Touristen sind im Visier des IS. So brachte er 2015 ein russisches Flugzeug mit 213 Menschen an Bord zum Absturz.

Darauf kam es zu einem Massenexodus der Touristen aus der Ferieninsel Sinai. Allein aus Sharm-el Sheikh sollen damals 20000 Touristen fluchtartig abgereist sein.

Nachrichten

Nordkorea provoziert mit Atomraketenstest

Seoul. Trotz Verboten der UNO hat Nordkorea nach südkoreanischen Angaben erneut eine ballistische Atomrakete mit Tausenden Kilometern Reichweite getestet. Der südkoreanische Generalstab warf dem Nachbarland vor, damit gegen eine UNO-Resolution verstoßen und eine Machtdemonstration gegenüber der neuen US-Regierung von Präsident Donald Trump gezeigt zu haben. Nordkorea unternahm den Test, während der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe die USA besuchte. Abe verurteilte das Verhalten Nordkoreas. SDA

Iglesias bleibt Chef der Protestpartei Podemos

Madrid. Der Politologe Pablo Iglesias bleibt Chef der von internen Streitigkeiten erschütterten spanischen Protestpartei Podemos. Der Gründer der Linksfraction wurde von den Parteimitgliedern online mit rund 89 Prozent der Stimmen im Amt des Generalsekretärs bestätigt. Dies wurde gestern auf dem Parteitag von Podemos mitgeteilt. Der 38-jährige Iglesias setzte sich somit in einem seit Wochen anhaltenden Machtkampf gegen die Nummer zwei, Podemos-Fraktionssprecher Iñigo Errejón, klar durch. SDA

USA blockiert Ernennung eines UNO-Gesandten

New York. In den Vereinten Nationen ist ein Streit über die Nominierung des früheren palästinensischen Regierungschefs Salam Fayyad zum neuen UNO-Sondergesandten für Libyen entbrannt. Die USA blockierten die Ernennung des Politikers aus Solidarität mit Israel. Die USA «erkennen derzeit einen palästinensischen Staat nicht an» und unterstützen das von der Nominierung Fayyads ausgehende Signal nicht, erklärte Americas UNO-Botschafterin Nikki Haley. SDA

Verhandlungen zu Syrien in Genf und Kasachstan

Astana/Riad. Im Ringen um eine politische Lösung im Syrien-Konflikt gehen die internationalen Bemühungen in eine neue Runde. Gleich an zwei Orten soll nacheinander verhandelt werden. Für die anstehenden Friedensgespräche unter Vermittlung der UNO in Genf stellte die syrische Opposition am Wochenende eine Delegation zusammen. Zuvor lud auch Kasachstan für diese Woche wieder zu Gesprächen nach Astana ein. Die zweitägigen Verhandlungen sollen am 15. Februar beginnen, teilte das kasachische Außenministerium mit. SDA

Razzien gegen illegale in US-Bundesstaaten

Washington. Bei Razzien in mehreren US-Bundesstaaten haben Beamte mehr als hundert Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere festgenommen. Es sei die grösste Aktion dieser Art seit einer Anordnung des Präsidenten Donald Trump vom 26. Januar zum härteren Vorgehen gegen illegale Einwanderer, berichtete die *Washington Post*. Mehr als 160 Menschen seien im Süden Kaliforniens festgenommen worden, berichtete die *Los Angeles Times*. Die Einwanderungsbehörde sagte, die Einsätze seien schon vor Trumps Amtsantritt geplant worden. SDA

Proteste in Bukarest gegen weiter

Bukarest. Bei minus zehn Grad Celsius haben in der rumänischen Hauptstadt Bukarest am Samstag etwa 5000 Menschen den zwölften Tag in Folge den Rücktritt der sozialliberalen Regierung verlangt. Die Demonstranten werfen der Regierung vor, den Kampf gegen Korruption bremsen zu wollen. Jeweils etwa 2000 Regierungsgegner gingen in den siebenbürgischen Städten Cluj, Sibiu und Brasov sowie im westrumänischen Timisoara auf die Strasse. Zugleich gab es den siebten Tag in Folge eine Gegendemonstration von Regierungsanhängern vor dem Bukarester Präsidentenpalast. SDA

Warum Verfassungsgerichte ein Machtfaktor sind

Erhebliches Manipulationspotenzial

Von Martin Schubarth

Verfassungsgerichte sind ein Machtfaktor. Die Nominierung von Neil Gorsuch als neuem Richter am Supreme Court bietet Anlass zu einer Diskussion darüber. Der amerikanische Supreme Court als Machtfaktor: Vor einem Jahr hat die geradezu brutale Reaktion auf den plötzlichen Tod des Richters Antonio Scalia dies mit aller Deutlichkeit bestätigt. Nicht seine Person stand im Mittelpunkt der Diskussion, sondern dass mit seinem Ausscheiden die bisherige Mehrheit der Konservativen im Supreme Court ins Wanken geraten war. Die republikanische Mehrheit im Senat hat deshalb die Bestätigung des von Präsident Barack Obama vorgeschlagenen Nachfolgers verweigert, um jetzt Trump die Nominierung eines konservativen Nachfolgers zu ermöglichen.

Auch die Entwicklung in Ungarn, in Polen und in der Türkei – Länder, in denen noch vor Kurzem geachtete Verfassungsgerichte durch Manipulation der Besetzung und Beschränkung der Kompetenzen massiv zurückgebunden wurden – bestätigt, wie Verfassungsgerichte als Machtfaktor wahrgenommen werden.

Politische Bedeutung

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird aufgrund seiner teilweise überragenden Rechtsprechung als Machtfaktor wahrgenommen. Zu erwähnen ist die Rückstufung des russischen Verfassungsgerichts durch Putin zur Sicherung seiner Machtposition. Schon früher gab es die Ausschaltung von Verfassungsgerichten, wie etwa 1933 in Österreich im Übergang zu einer autoritären Staatsform und 1964 in Zypern, weil die griechische Mehrheit einen Entscheid zugunsten der türkischen Minderheit nicht akzeptieren wollte.

Als in Österreich die Grosse Koalition noch die verfassungsändernde

Mehrheit hatte, war es ein beliebter Trick, Gesetze in Verfassungsrang zu erheben, um sie so der Kontrolle des Verfassungsgerichtshofes zu entziehen.

Verfassungsgerichtsbarkeit, das heisst die richterliche Überprüfung von Gesetzen auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung (Judicial Review), ist in der Verfassung der USA nicht ausdrücklich vorgesehen. Das Recht, die Verfassungsmässigkeit von Gesetzen zu überprüfen, hat sich der Supreme Court erst 1803 zuerkannt durch einen Akt der Selbstermächtigung, eine Usurpation, einen juristischen Staatsstreich.

Bekannt ist die Opposition des Supreme Court gegen die New-Deal-Gesetzgebung von Franklin D. Roosevelt.

Wenn die Politik ein Problem nicht löst, muss die Justiz Stellung nehmen.

velt. In der kurzen Zeit von Januar 1935 bis Mai 1936 kassierte er in zwölf Entscheidungen vom Kongress beschlossene Gesetze als verfassungswidrig. In diesem Machtkampf drohte der Präsident, mit einer Gesetzesänderung die Mehrheitsverhältnisse im Gericht zu ändern. Das soll zwei Richter veranlassen haben, die Seiten zu wechseln.

In den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts war es der Supreme Court, der mit seiner Rechtsprechung massgebend zur Beseitigung der Rassentrennung beigetragen hat. Der «Brown Case» von 1954, mit der «separate, but equal doctrine» einstimmig aufgegeben wurde, ist als eine der bedeutsamsten und weitreichendsten Entscheidungen in die Geschichte des Supreme Court eingegangen. Hier wird die politische Bedeutung des Supreme Court deutlich: Wenn die Politik nicht fähig ist, ein grundlegendes Problem zu

lösen, besteht die Gefahr, dass die Justiz sich gezwungen sieht, zu grundlegenden politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Mit der Brown-Entscheidung begann eine Periode des liberalen Justizaktivismus, der vor allem die Freiheitsrechte und die Rechte des Beschuldigten stärkte. Dieser Aktivismus führte 1973 zu einem der gravierendsten Ausserordnungen der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, indem mit Roe v. Wade aus dem Recht auf Privatheit ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch hergeleitet wurde. Das Urteil hatte übrigens zur Folge, dass man in Irland prophylaktisch ein Abtreibungsverbot in die Verfassung aufnahm, um zu verhindern, dass der irische Supreme Court ein entsprechendes Urteil fälle.

Gefahr des Aktivismus

Justizaktivismus führt zu Gegenreaktionen, vor allem wenn er in politisch umstrittenen Bereichen wie etwa der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung zu demokratisch nicht abgesicherten Extremlösungen führt. Seit Beginn der 1990er-Jahre ist deshalb ein stetiger Rückgang dieses Aktivismus zu verzeichnen. Dieser wird nicht unwesentlich gesteuert durch die präsidiale Praxis der Ernennung von «konservativen» Richtern – wie jetzt auch die Nominierung von Gorsuch zeigt –, die der Lehre vom «Original Intent» nahe stehen, nach welcher von der Intention der Verfassungsgeber auszugehen sei.

Dabei bleibt schleierhaft, wie man verfassungsrechtliche Fragen, die erst im heutigen Kontext entstehen und den damaligen Verfassungsgebern unbekannt waren, nach deren «Intent» beurteilen soll. Hier besteht erhebliches Manipulationspotenzial. Im Übrigen besteht auch bei einem Supreme Court, der tendenziell eine «konservative» Haltung einnimmt, die Gefahr eines, allerdings umgekehrten, Aktivismus.

Gerichte können auch das Spiegelbild gesellschaftlicher Auffassungen

sein. So lässt sich die Haltung des Supreme Court zur Todesstrafe und zum Recht auf Waffenbesitz auch aus der amerikanischen Gewaltgesellschaft erklären.

Der Machtfaktor Verfassungsgericht kann Auswirkungen auch auf andere Rechtsordnungen haben, wie die Einführung des Abtreibungsverbots in Irland zeigt. Der Kampf um die Gesundheitsreform vor dem Supreme Court hat die Diskussion um die Verfassungsgerichtsbarkeit in der Schweiz beeinflusst. So opponierte der Gewerkschaftsbund 2011 unter anderem mit dem Argument, es bestehe die Gefahr, dass ein kleines richterliches Gremium politisch hart erkämpfte soziale Errungenschaften bodigen könne. Und SP-Ständerat Paul Rechsteiner nahm in seinem ablehnenden Votum auf das amerikanische Verfahren Bezug. Schweden hat 1975 eine Verfassungsgerichtsbarkeit abgelehnt, unter anderem wegen des ersten Urteils des deutschen Bundesverfassungsgerichts zur Schwangerschaftsunterbrechung, das als unzulässige politische Einmischung in den demokratischen Gesetzgebungsprozess empfunden wurde.

Problem ignoriert

In der schweizerischen Diskussion wird der Gesichtspunkt Machtfaktor weitgehend ignoriert. Man behauptet, der Verfassungsrichter habe ja nur die demokratisch legitimierte Verfassung durchzusetzen. Damit wird unter den Tisch gewischt, dass der Inhalt der Verfassung häufig sehr unbestimmt ist und die Verfassung verschiedene Möglichkeiten der Konkretisierung gibt. Überlässt man diese Konkretisierung nicht dem demokratisch legitimierten Gesetzgeber, sondern dem Verfassungsrichter, dann trifft das Bonmot von Richter Felix Frankfurter zu: «The Supreme Court is the Constitution.» Martin Schubarth ist Jurist und ehemaliger Bundesrichter. www.martinschubarth.ch